

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
04. Januar 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht
Vorlage: 10/SVV/0543
(Gruppe) Die Andere
- 3.2 Sozial gerechte Bodennutzung
Vorlage: 11/SVV/0796
Fraktion SPD
- 3.3 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!
Vorlage: 11/SVV/0799
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 11/SVV/0889
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement
- 3.5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe
Vorlage: 10/SVV/1054
Fraktion DIE LINKE
- 3.6 Beteiligungskonzept Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 11/SVV/0857
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 11/SVV/0912
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.8 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0942
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 3.9 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad
Vorlage: 11/SVV/0914
Fraktion DIE LINKE

- 3.10 Geschäftsführung SWP
Vorlage: 11/SVV/0929
Fraktion DIE LINKE

- 3.11 Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c
Vorlage: 11/SVV/0968
Fraktion Die Andere

- 4 Überplanmäßige/r Aufwand/Auszahlung für Mehraufwand für Strom für
Straßenbeleuchtung im Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 12/SVV/0003
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: 11/SVV/0806
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

- 5.2 Sachstand zur Turnhalle der Griebnitzsee-Schule
aus HA 21.12. – Sonstiges

- 5.3 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"
Vorlage: 11/SVV/0960
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und
Umweltschutz

- 5.4 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010
(Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 5.5 Information über den Stand der Vorbereitungen für das Stadtwerkefest 2012

- 5.6 Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine Betreuungseinrichtung
für Tiere
Vorlage: 12/SVV/0054
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 04. Januar 2012**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese auf Grund des um 19:00 Uhr beginnenden Handballspiels in der neu eröffneten MBS-Halle einzukürzen und nur die Punkte:

- 3.7 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH, DS 11/SVV/0912
- 4 - Überplanmäßige/r Aufwand/Auszahlung für Mehraufwand für Strom für Straßenbeleuchtung im Haushaltsjahr 2011, DS 12/SVV/0003
- 5.5 - Information über den Stand der Vorbereitungen für das Stadtwerkefest 2012
- 5.6 - Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine Betreuungseinrichtung für Tiere, DS 12/SVV/0054 und die
- Mitteilung zur Umsetzung des Hauptausschussbeschlusses 11/SVV/0976 vom 21.12.2011 - als TOP 5.7

zu behandeln.

Alle anderen Tagesordnungspunkte sollen in der Sitzung des Hauptausschusses am 29. Februar 2012 behandelt werden, da in der Sitzung am 08. Februar bereits der Haushalt und die städtischen Beteiligungen beraten werden sollen.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezug nehmend auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie mit dem angekündigten Antrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Streichung des Punktes „Sonstiges“ umzugehen sei, antwortet Herr Schubert. Den Fraktionen gehe es nicht um eine generelle Streichung, sondern darum, die unter diesem Punkt zu behandelnden Themen entsprechend der Hauptsatzung 3 Tage vorher bekannt zu machen.

Darüber, so Herr Dr. Scharfenberg, werde man reden müssen, aber die Frist sollte auch für diesen Antrag gelten, der zwar in der Presse angekündigt, aber den Fraktionen nicht vorgelegen habe und der auch nicht veröffentlicht wurde.

Herr Kirsch spricht sich dafür aus, diesen Tagesordnungspunkt zu belassen, da dies das einzige Forum sei, um zwischen zwei Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung bestimmte Dinge anzusprechen.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, dieses Thema in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufzunehmen und diesen bis dahin so beizubehalten, erhebt sich kein Widerspruch. Er bitte jedoch, darunter kein neues „Fass“ aufzumachen, was dann – wie in der letzten Hauptausschusssitzung – mal eben eine Stunde Zeit koste.

Im Weiteren mahnt Herr Dr. Scharfenberg die Einladung und das Rederecht für Sportvereine zum Thema Sponsoring an sowie die Einladung von Herrn Prof. Dorgerloh zum Thema Parkeintritt. Letzteres wurde in der Novembersitzung des Hauptausschusses zugesagt und für den Februar avisiert. Wenn das noch eine Wirkung haben solle, bevor der Stiftungsrat entscheide, bleibe dafür nicht viel

Zeit.

Der Oberbürgermeister sagt eine Einladung für den 29. Februar 2012 zu.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 63. Sitzung des Hauptausschusses vom 04. Januar 2012 verweist der Oberbürgermeister auf das dazu ausgereichte Austauschblatt der Seite 13. Im Weiteren informiert er über die Bitte von Frau Bankwitz, auf der Seite 12 – Tagesordnungspunkt „Sonstiges“, den 3. Absatz wie folgt zu ergänzen:

„Auf Bitte von Frau Bankwitz sagt Frau Dr. Magdowski zu, diese Kostenaufstellung an alle Fraktionen auszureichen.“

Die Niederschrift wird unter Berücksichtigung dieser Hinweise mit 13 Ja-Stimmen, bei drei Stimmenthaltungen bestätigt.

Die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark und des Hauptausschusses wird in der nächsten Hauptausschusssitzung zur Abstimmung gestellt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht

Vorlage: 10/SVV/0543

(Gruppe) Die Andere

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.2 Sozial gerechte Bodennutzung

Vorlage: 11/SVV/0796

Fraktion SPD

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.3 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!

Vorlage: 11/SVV/0799

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.4 Leitlinie Grundstücksverkäufe

Vorlage: 11/SVV/0889

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe

Vorlage: 10/SVV/1054

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.6 Beteiligungskonzept Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0857

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH

Vorlage: 11/SVV/0912

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass aus den Änderungen des Gesellschaftsvertrages nicht ersichtlich sei, auf wessen Vorschlag die Gesellschaft den Geschäftsführer bestelle. Er bemängelt im Weiteren, die im § 9 Abs. 5 vorgeschlagene Regelung, dass bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheide. Er schlägt vor, dies zu ändern in: „bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt“.

Herr Exner entgegnet, dass man das so oder so machen könne und die Frage sei, wie man ein „Patt“ auflöse. Die gewählte Regelung sei auch in anderen Gesellschaftsverträgen zu finden – nicht nur denen der Stadt Potsdam. Eine Empfehlung für die Bestellung eines Geschäftsführers sei auf jeden Fall möglich.

Herr v. d. Osten gen. Sacken empfiehlt, im § 8 Abs. 2 Buchstabe die Zahl der Mitglieder wie in anderen Gesellschaften auch auf insgesamt 9 zu erhöhen und im Buchstaben c) die Zahl von drei auf sieben dementsprechend anzupassen.

Die Hinweise, den § 10 im Abs. 2 entsprechend dem GmbH-Recht zu gestalten, übernimmt die Verwaltung und Herr Exner wird diesen entsprechend anpassen.

In der sich anschließenden Abstimmung wird

- die Streichung der Formulierung im § 9 Abs. 5, dass bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheide, mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen **angenommen**.
- die Erhöhung der Anzahl der von der Stadtverordnetenversammlung zu entsendenden Mitglieder im § 8 Abs. 2 Buchstabe c) von drei auf sieben, wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.8 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0942

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.9 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad

Vorlage: 11/SVV/0914

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.10 Geschäftsführung SWP

Vorlage: 11/SVV/0929

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.11 Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c

Vorlage: 11/SVV/0968

Fraktion Die Andere

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 4 Überplanmäßige/r Aufwand/Auszahlung für Mehraufwand für Strom für Straßenbeleuchtung im Haushaltsjahr 2011

Vorlage: 12/SVV/0003

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Klipp bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 54100 (Gemeindestraßen) im Haushaltsjahr 2011 in einer Höhe von 268.074,01 EUR .

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

Vorlage: 11/SVV/0806

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.2 Sachstand zur Turnhalle der Griebnitzsee-Schule
aus HA 21.12. – Sonstiges

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.3 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"
Vorlage: 11/SVV/0960
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und
Umweltschutz

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.4 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010
(Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.5 Information über den Stand der Vorbereitungen für das Stadtwerkefest 2012

Herr Böhme, Geschäftsführer der Stadtwerke Potsdam, informiert eingangs über die Ergebnisse einer unter 1000 Einwohnern im November/Dezember vergangenen Jahres telefonisch durchgeführten repräsentativen Umfrage. Diese Umfrage sei durch das Institut mindline energy durchgeführt worden, welches auf Grund von Referenz und Preis ausgewählt worden sei. Die Ergebnisse der Umfrage werden an Hand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt und erläutert. Im Ergebnis habe sich die Mehrheit der Befragten für die Weiterführung des Stadtwerkefestes ausgesprochen, allerdings etwas kleiner als bisher. Abgefragt worden seien auch die präferierten Musikrichtungen, Wünsche nach bestimmten Künstlern und Anregungen.

Im Weiteren stellt Herr Böhme die Terminkette des für den 29.06. – 01.07.2012 geplanten Festes und den Programmablauf vor. Auf Grund der Umfrageergebnisse bleibe es dabei, dass am Freitag mit einem klassischen Konzert begonnen wird und der Samstag für Rock und Pop vorgesehen sei. Der Sonntag bleibe der Familientag, allerdings dezenter mit einem Programm in der „SWP-Erlebniswelt“. Der Kostenplan für Gagen, Technik, Werbung, Sicherheit, Künstlerbetreuung etc. (ohne Eigenleistungen) gehen von 800.000 Euro aus.

Herr Schubert bedankt sich für die umfangreichen Informationen, die Verbindlichkeit und die Offenheit der Ausführungen. Ebenso sei die Ausrichtung auf ein Familienfest hervorzuheben und das „ruhige Auslaufen“ des Festes am Sonntag. Er finde, dass man das so ohne Probleme durchführen könne.

Im Ergebnis einigen sich die Mitglieder darauf, dass der Hauptausschuss dem Aufsichtsrat empfehle, auf Grundlage der Planungen und der vorgetragenen Informationen, dem Vorhaben zuzustimmen.

**zu 5.6 Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine
Betreuungseinrichtung für Tiere**

Vorlage: 12/SVV/0054

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein und weist auf Grundlage der Anfragen zur Preisgestaltung für dieses Gelände darauf hin, dass unabhängig davon eine öffentliche Ausschreibung notwendig sei. Im Weiteren erläutert Herr Goetzmann die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen und die Bedingungen, unter denen eine Änderung der Planungsziele des B-Planes Nr. 32 und Verhandlungen mit der überwiegenden Grundstückseigentümerin PEG (Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG) notwendig sind. Ebenso erläutert werden Fragen der Erschließung des in Rede stehenden Grundstücks, Beeinträchtigungen des Vorderliegergrundstückes und des Verkehrswertes.

Herr Dr. Scharfenberg informiert über die Besichtigung des Geländes am vergangenen Freitag und die Feststellung, dass dieses Grundstück hervorragend für ein Tierheim geeignet sei. Er sei verwundert, dass dieses Gelände so lange brach gelegen habe und sich die Stadt etwaige Einnahmen entgehen lasse. Auf dem Gelände gebe es Baulichkeiten, wo sicher eine Prüfung bezüglich deren Nutzbarkeit erfolgen müsse – auch der das Grundstück umgebende Wald sei nicht in Frage zu stellen. Außerdem sei der Standort SAGO-Gelände ein Vorschlag der Verwaltung gewesen, der nun wieder in Frage gestellt werde. Potsdam sei der einzige Ort ohne ein Tierheim, was seiner Auffassung nach besondere Energien verlange. Sicher sei im Zusammenhang mit dem SAGO-Gelände immer von einer Vorhaltefläche gesprochen worden, aber die Fläche für das Tierheim gehöre nicht dazu, so dass man die Entscheidung nun in eigener Verantwortung und zeitnah treffen könne – zumal es ein eindeutiges Votum des Hauptausschusses dazu gegeben habe.

Herr Frerichs nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf die in der Öffentlichkeit kritisierte Haltung der Potsdamer Wirtschaftsförderung und betont, dass er dabei bleibe, dass das Vorhaben aus Sicht der Wirtschaftsförderung falsch sei.

Herr Schultheiß betont, dass es schwierig sei, eine Entscheidung zu treffen, da es bei allen Standorten Kritik gegeben habe.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung entsprechend des Auftrags des Hauptausschusses die Daten für das favorisierte Grundstück aufbereitet habe. Natürlich „gehe“ dieser Standort, aber das nur unter bestimmten Bedingungen und man müsse das wollen. In der Landeshauptstadt gebe es kein Grundstück, was „so einfach“ zur Verfügung gestellt werden könne – ausgenommen Fahrland, aber das habe die Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Potsdam müsse kein Tierheim bauen, denn es gebe eine funktionierende Fundtierbetreuung. Wenn es aber der Stadtverordnetenversammlung wichtig sei, ein Tierheim zu haben, dann werde die Verwaltung sich danach richten – was aber entsprechende Kosten verursache.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage zum Standort in Fahrland die Proteste der Bürger hervorgerufen habe – aber auch mit dieser Variante wäre der städtische Haushalt über Jahre belastet worden. Die Stadtverordnetenversammlung war mehrheitlich der Meinung, die Stadt Potsdam solle ein Tierheim haben, deshalb seine Bitte und Frage, wie innerhalb kürzester Zeit die notwendigen Abstimmungen mit der PEG und die Anpassung der Planungsziele erfolgen könne, um die notwendigen Vorläufe zu schaffen.

Herr Goetzmann betont nachdrücklich, dass die aus Sicht der Verwaltung vorgeschlagenen Planverfahren, die zugunsten dieses Vorhabens zurückgestellt werden könnten, nicht zwingend seien, da die Stadtverordneten über die seit 2000 fortgeschriebene Prioritätenliste entscheide. Nur zusätzlich zu den beschlossenen Planverfahren könne das SAGO-Gelände nicht bearbeitet werden.

Anschließend erläutert Frau Müller-Preinesberger nochmals das einzuhaltende Verfahren, die notwendige Ausschreibung und die Kosten des Kaufpreises bzw. der Erbbaupachtsumme. Unter dem Gesichtspunkt einer **möglichen zukünftigen Nutzung als Tierheim (für den Fall, dass ein zukünftiger Betreiber im Rahmen einer Ausschreibung den Zuschlag für die Fund- und Verwahrtierbetreuung der LHP erhalten sollte)**, lenkt sie die Aufmerksamkeit auf die Höhe der zukünftigen laufenden Kosten, die die Betreiberkosten beinhalten würden. Damit sei explizit nicht ausgesagt, dass die LHP sich an den Investitionskosten für ein Tierheim beteiligen werde. Auf Anregung von Herrn Kirsch sagt der Oberbürgermeister zu, die Verkehrswertermittlung aufzunehmen und mögliche Einflüsse auf die Nachbargrundstücke zu prüfen. Das werde auf den Weg gebracht und Kontakt mit der PEG aufgenommen, um zu klären welche Verwertungsabsichten für das SAGO-Gelände bestehen. Danach müsse man sich neu verständigen.

Auf Anregung von Herrn Kirsch sagt der Oberbürgermeister zu, die Verkehrswertermittlung aufzunehmen und mögliche Einflüsse auf die Nachbargrundstücke zu prüfen. Das werde auf den Weg gebracht und Kontakt mit der PEG aufgenommen, um zu klären, welche Verwertungsabsichten für das SAGO-Gelände bestehen. Danach müsse man sich neu verständigen.

neu **Mitteilung zur Umsetzung des Beschlusses vom 21.09.2011
DS: 11/SVV/0976 - Geschäfte von Aufsichtsratsmitgliedern mit den
städtischen Gesellschaften**

Herr Kümmel führt aus, dass Herr Schultheiß um eine Mitteilung zur Umsetzung des Hauptausschussbeschlusses 11/SVV/0976 vom 21.12.2011 gebeten hat, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wurde, noch vor der Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern für städtische Gesellschaften dem Hauptausschuss zu berichten, welche Stadtverordnete als Aufsichtsratsmitglieder für sich selbst, ihre Unternehmen oder für Angehörige in den vergangenen drei Jahren mit städtischen Gesellschaften oder deren Tochter- bzw. Enkelunternehmen Dienst- oder Werkverträge abgeschlossen haben.

Dies sei durch die Verwaltung bei den Unternehmen abgefragt worden, die dafür in Frage kommen. Alle Unternehmen hätten eine Fehlmeldung abgegeben. Die Übersicht der befragten Unternehmen wird ausgereicht, der Niederschrift als Anlage beigefügt und in das RIS eingestellt.

Herr Schultheiß betont, dass ihm damit ein „Stein vom Herzen fiele“ und somit die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder leichter falle. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für diese Zuarbeit.

zu 6 **Sonstiges**

keine Wortmeldungen

